

Globale Mindeststeuer – „Durchbruch“ oder fauler Kompromiss?

Multinationale Unternehmen müssen zukünftig höhere Steuern zahlen. Dies teilte die Industriestaatenorganisation OECD Anfang Juli mit. Danach stimmten 130 von 139 Ländern dem Kompromiss für eine Mindeststeuer zu. Zudem soll zukünftig bei Amazon, Google und anderen Digitalkonzernen ein Teil der Besteuerungsrechte auf die sogenannten Marktstaaten übergehen. Kurz darauf gaben auch die großen Industrie- und Handelsstaaten der globalen Steuerreform ihr Okay. „Wir haben wirklich hart gearbeitet in den vergangenen Wochen, aber wir haben es geschafft“, sagte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) am Rande des Treffens der G20-Finanzminister in Venedig. In der Abschlusserklärung ist von einer „historischen Reform“ die Rede. Allen Beteiligten gute Absichten unterstellt, steckt der Teufel dennoch im Detail.

Damit breche die OECD mit dem neoliberalen Trend, Steuersenkungen für Unternehmen würden Wachstum und Wohlstand fördern, loben internationale Nichtregierungsorganisationen wie Attac. Aber auch der deutsche Industrieverband BDI spricht von einer notwendigen Zeitenwende: „Es ist gut, dass nun ein Riegel vorgeschoben wird, Gewinne in Niedrigsteuerländer zu verlagern.“

Viele Konzerne, auch deutsche, tun dies seit langem. So zahlen sie vergleichsweise wenig Steuern, meist deutlich weniger als etwa Mittelständler in Deutschland. Die geplante Mindeststeuer richtet sich politisch daher

vor allem gegen solche Niedrigsteuerländer, die gerne als „Steuroasen“ verniedlicht werden. Zudem sollen Marktstaaten besser gestellt werden. Gemeint sind Länder, in denen Konzerne viel Umsatz und Gewinn machen, aber kaum Steuern zahlen. Die Reform könnte daher auch Bayer, Deutsche Bank oder Volkswagen treffen. VW verkauft fast die Hälfte seiner Autos in China, zahlt aber, so heißt es, vornehmlich in Deutschland Steuern.

Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris kostet die Verlagerung von Gewinnen den Regierungen schätzungsweise bis zu 240 Milliarden Dollar im Jahr an Körperschaftsteuern. Die OECD schätzt, dass die nun angestrebte Mindeststeuer auf Gewinne von 15 Prozent jährlich etwa 150 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Steuereinnahmen weltweit generieren könnte. Pro Land wäre dies freilich ein recht überschaubarer Betrag.

US-Präsident Joe Biden, der sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger Donald Trump für eine Mindestgewinnsteuer einsetzt, begrüßte die Entscheidung. „Multinationale Unternehmen werden nicht länger in der Lage sein, Länder gegeneinander auszuspielen und ihre Gewinne auf Kosten der öffentlichen Einnahmen zu schützen.“ Was nicht allein die fünf amerikanischen Tech-Riesen tun, sondern viele Multis. Auch Bundesfinanzminister Olaf Schulz kündigte ein Ende des Wettrennens um die niedrigsten Steuersätze an. „Es ist wirklich ein riesiger Durchbruch und wird alles verändern.“ Steuersystematisch, vielleicht auch kulturell, könnte Scholz Recht behalten. Jahrzehntlang war die Welt geprägt von der Globalisierung, der Digi-

talisierung und der Internationalisierung der Finanzmärkte – „und zwar ohne jegliche begleitende Regulierung“, sagte OECD-Chefunterhändler Pascal Saint-Amans der „Neuen Zürcher Zeitung“. Ohnehin galt vielen Ökonomen und Politikern der Steuerwettbewerb zwischen den Ländern lange als etwas Gutes. Das Steuerrecht ist auch in der Europäischen Union bislang den Nationalstaaten vorbehalten. Dieser Mangel an internationaler Regulierung werde nun behoben, so Saint-Amans. Man möchte ergänzen, „mit einem ersten Schritt“. Der zwar nur ein kleiner ist, aber in die richtige Richtung geht. Weitere könnten in den kommenden Jahren folgen.

Der Einigung waren zehnjährige Verhandlungen vorausgegangen. Anfang Juni hatten sich zunächst die G7-Staaten auf die von der OECD entwickelte Reform grundsätzlich geeinigt. Dann folgten rasch die 130 OECD-Länder und der G20-Gipfel in Venedig. Im Oktober sollen dann letzte Details geklärt werden.

Hier liegt die Crux. Neun Länder, darunter EU-Mitglied Irland, verweigerten sich bislang ganz. In Irlands Hauptstadt Dublin haben Google, Amazon und Airbnb ihre Europazentralen. Das sichert Jobs und vor allem indirekt Steuereinnahmen für die Regierung. Großbritannien dringt seinerseits auf eine Sonderregelung für Finanzdienstleister, und denkt dabei an seine Weltfinanzmetropole London. Britische Banken müssten bereits in jedem Land, in dem sie tätig sind, separat Eigenkapital vorhalten und melden entsprechende Gewinne dort, wo sie anfallen, argumentiert der englische Finanzminister Rishi Sunak.

Vor allem bleibt umstritten, wie die Bemessungsgrundlage berechnet wird, auf der dann 15 Prozent Steuern fällig werden sollen. Denn bei der Gewinnermittlung nutzt jedes Land andere Regeln.

Auf einen anderen Aspekt weist das europäische Forschungsinstitut ZEW in Mannheim hin. Eine einheitliche globale Mindeststeuer könnte politisch gewollte steuerliche Anreize zur Förderung von Innovationen und neuen Klima-Technologien entgegenwirken. „Diesbezüglich muss sicherlich nachjustiert werden.“

Klar ist allerdings bereits, dass die Mini-Steuer – in Deutschland zahlen Unternehmen etwa 30 Prozent Steuern auf ihre Gewinne — nicht die Löcher in der Kasse des Bundes stopfen wird. Der OECD-Ansatz konzentriert sich nur auf die allergrößten Unternehmen. Davon wären laut ZEW-Berechnungen in Deutschland weniger als zehn Konzerne betroffen: „Für den deutschen Fiskus sind die durch eine solche Reform erzielten Steuermehreinnahmen vernachlässigbar gering.“

Kritisch äußerten sich auch Politiker der Opposition in Berlin, beispielsweise der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Fabio de Masi. Er bemängelte, dass 15 Prozent sehr niedrig angesetzt seien. Auch Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire hatte einen höheren Steuersatz erhofft. Doch auch in der EU gibt es Staaten, die Konzerne mit extrem niedrigen Gewinnsteuersätzen und weichen Bemessungsgrundlagen locken, wie Luxemburg, die Niederlande oder eben Irland.

Ein Motiv der OECD ist die Eindämmung einer „unfairen“ Steuerkonkur-

renz zwischen den Ländern. Mit Dumpingsteuern locken allerdings vor allem kleinere Staaten. Einwände erheben auch wirtschaftlich schwächere Länder etwa in Mitteleuropa und Asien. Ihnen gelten niedrige Steuersätze – neben einem geringen Lohnniveau – als Mittel, um im Konkurrenzkampf mit technisch überlegenen Wirtschaftsgiganten wie Deutschland bestehen zu können. Offen ist auch, ob Länder wie Frankreich, die eine sogenannte Digitalsteuer erheben oder planen, auf diese verzichten werden. Dies erwartet die OECD.

Experten halten vor diesem Hintergrund die Durchsetzung eines höheren Steuersatzes als 15 Prozent für unrealistisch. Das gilt auch für den Vorschlag der Weltbank, Profiteure der Corona-Krise mit einer Sondersteuer zu belegen, oder für den Vorschlag von Attac, auf Finanzflüsse in Steueroasen eine Quellensteuer zu erheben.

Bis die globale Mindeststeuer Realität wird, ist es ohnehin noch ein sehr langer Weg: Jedes der 130 Länder, darunter beispielsweise das Steuerparadies Schweiz, ist verpflichtet, den OECD-Plan in seine eigene Gesetzgebung umzusetzen.

Die globale Mini-Steuer für multinationale Unternehmen sollte dann nicht das Ende der Fahnenstange sein. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen zahlen Konzerne in Industriestaaten normalerweise deutlich mehr. Doch zusammen mit dem Ende des Bankgeheimnisses in der Schweiz und dem automatischen Informationsaustausch über Finanzdaten auf globaler Ebene – auch dieser war von der OECD auf den Weg gebracht worden – schafft sich der globalisierte Kapitalismus

Normen und Mindeststandards, die seine Anpassungsfähigkeit an veränderte Rahmenbedingungen zeigen.

Hermannus Pfeiffer

Klimakrise – das Zeitfenster schließt sich

Die Einschläge kommen näher und näher. Eine Rekordhitzewelle im Westen Kanadas und im Nordwesten der USA, die Hunderte tötet und massive Waldbrände befördert, über 20 Tote nach schweren Hangrutschen in Japan in Folge von dramatischen Wolkenbrüchen, eine der frühesten Waldbrandsaisons im US-Bundesstaat Kalifornien, eine sich zuspitzende Dürre im Südwesten der USA, massive Waldbrände in Sibirien, die die Großstadt Jakutsk in dichte Rauschschwaden hüllen, eine schwere Hungerkatastrophe im Süden Madagaskars, ausgelöst durch eine Dürre, schwere Überschwemmungen in Kapstadt und Umgebung, Demonstrationen in der iranischen Provinz Khuzestan gegen extreme Wasserknappheit in Folge der schlimmsten Dürre seit mindestens 50 Jahren, bei denen zehn Menschen getötet werden, schwerste Überschwemmungen am Gelben Fluss in China, bei denen U-Bahn-Tunnel volllaufen, über eine Million Menschen ihre Häuser verlassen müssen und mindestens 63 Menschen sterben, nur ein paar Tage später schwere Überschwemmungen in Shanghai (上海) und Umgebung, als dort Taifun „In-fa“ auf die Küste trifft und zeitgleich nimmt weiter östlich Taifun „Nepartak“ Kurs auf Japan. Alles Meldungen aus dem Juli 2021, der Sommer noch nicht einmal halb rum.

Und falls jemand nach Hitzesommer 2018, Waldbränden in Ostdeutschland und drei Dürrejahren noch immer gedacht haben sollte, die Klimakrise spiele sich nur in fernen Ländern ab, so wurde er in diesem Sommer eines Besseren belehrt. Niederschläge, wie sie seit Menschengedenken in der Eifel und im angrenzenden Rheinland nicht gesehen wurden, gingen am 14. und 15. Juli in einem breiten Band von Luxemburg dem östlichen Belgien bis nach Hagen am Ostrand des Ruhrgebiets nieder. Staudämme drohten zu brechen, einige, wie die Wuppertalsperre, liefen über. In Wuppertal mussten mitten in der Nacht niedrig gelegene Straßenzüge evakuiert werden.

Ähnliches in anderen Städten. Besonders hart traf es Menschen am Nordrand der Eifel und im angrenzenden Rheinland. Zahlreiche Häuser wurden dort von den Fluten eingerissen, über 170 Menschen starben, über 40 weitere in Belgien. Während Mister Blackrock Friedrich Merz fantasiert, die Klimaschützer wollten Deutschland deindustrialisieren, werden die ersten Bilanzen gezogen, und siehe da: Es ist eher der Klimawandel, der Industrie und Infrastruktur zerstört. Zahlreiche Straßen sind beschädigt, Autobahnen unterspült, viele Häuser abrisssreif, Bahngleise auf einer Länge von 600 Kilometer beschädigt, viele Handwerks- und Industriebetriebe vollständig oder teilweise zerstört, teuerstes Gerät in Arztpraxen und Krankenhäusern von Wassereintrüben ruiniert. Zahlreiche Menschen haben ihre Arbeit verloren. Der materielle Schaden dürfte den bisherigen Rekord von 16 Milliarden Euro beim Elbhochwasser 2002 übertreffen.

Nichts von all dem kommt überra-

schend. Seit Ende der 1970er Jahre mehren sich die Warnungen aus der Wissenschaft. Bereits Ende der 1980er Jahre wurde der sogenannte Weltklimarat eingerichtet, der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). Alle sieben Jahre fassen in ihm Wissenschaftler aus aller Welt den jeweils neuesten Stand der Klimawissenschaften zusammen.

Am 9. August – dieses Heft war bereits im Druck – wurde der erste Teil des sechsten dieser Sachstandsberichte vorgestellt. Eine Rolle dürften dabei die sogenannten Kipppunkte gespielt haben, über die wir in den letzten sieben Jahren mehr gelernt haben. Gemeint sind damit Erwärmungsniveaus, an denen diverse Komponenten des Klimasystems beginnen umzuschlagen – entweder, weil es sich um irreversible Prozesse handelt oder weil sich selbst verstärkende Rückkopplungen auftreten.

Das kann zum Beispiel das Eis in der Westantarktis betreffen, bei dem dieser Punkt eventuell bereits erreicht wurde, was hieße, dass es nun in den nächsten etlichen Jahrhunderten unwiederbringlich verloren gehen und den Meeresspiegel um durchschnittlich 3,3 Meter steigen lassen wird. Ein anderes Beispiel sind die auftauenden Permafrostböden, aus denen mehr und mehr CO₂ und vor allem Methan entweichen, ein anderes sehr potentes Treibhausgas, das ab einem gewissen, bisher wenig genau bekannten Punkt die Erwärmung so stark vorantreiben wird, dass weiter auftauende Permafrostböden immer genug Nachschub liefern, um die Klimakrise weiter zu befeuern.

Das Zeitfenster, in dem dies noch verhindert werden kann, beginnt sich

zu schließen. In sechs Jahren werden beim derzeitigen Niveau so viel Treibhausgase emittiert sein, dass die Erwärmung nicht mehr auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau beschränkt werden kann, wie es in Paris 2015 vereinbart worden war. Damit es nicht so weit kommt, müssten die weltweiten Emissionen jährlich um rund sieben Prozent abgesenkt werden. Deutschland ist davon wie die meisten Industrie- und Schwellenländer trotz zuletzt ein wenig nachgeschärfter Klimaziele noch immer weit entfernt. Auch auf der nächsten UN-Klimakonferenz, die in der ersten Novemberhälfte im britischen Glasgow tagen soll – so es Corona denn zulässt – wird kaum ein Durchbruch zu erwarten sein. Die bisher verkündeten Klimaziele der Länder werden uns eher in eine drei oder mehr Grad wärmere Welt führen, in der dann ganze Weltregionen wegen zu großer Hitze und steigendem Meeresspiegel unbewohnbar werden.

Zu groß sind immer noch die Widerstände der Auto-, Öl-, Erdgas-, Chemie- und Kohleindustrie, deren Geschäft untrennbar, wie es scheint, mit den fossilen Energieträgern verbunden ist. Zu brechen werden diese sicherlich nur durch massiven Druck aus der Gesellschaft sein, der nicht nur hierzulande – der Jugend sei Dank – in den letzten Jahren deutlich größer geworden ist. Neue Bündnisse tun sich auf und selbst einige Gewerkschaften kommen zögerlich an Bord. Nur die Linkspartei leistet sich noch immer den Luxus, einerseits zwar ein besseres Klimaschutzprogramm als die Grünen zu haben, doch andererseits in ihrer Außenwahrnehmung gelegentlich den Eindruck zu erwecken,

sie würden Klimaschutz eher für eine Marotte von „lifestyle Linken“ halten.

Wolfgang Pomrehn

Kehrtwende im Kampf gegen Hunger gefordert

Etwa 810 Millionen Menschen sind unterernährt – das sind 810 Millionen Menschen zu viel. Der steigende Reichtum Weniger auf der einen Seite und die Zunahme der Armut auf der anderen Seite inmitten der Covid-19-Pandemie sind beschämend. Der diesjährige UN-Bericht zur Ernährungssicherheit belegt eindrücklich, dass der Trend der Zunahme des Hungers weltweit, der schon seit 2010 zu beobachten ist, heute noch einmal verschärft wird. Noch nie klaffte der Graben zwischen Überfluss und Not weiter auseinander als heute. Während ein Teil der Weltbevölkerung sich ständig weiter bereichert, leidet mehr als jeder zehnte Mensch weltweit an Hunger. Um diesen Hunger zu bekämpfen, müssen wir die globale Ungerechtigkeit und Ungleichheit angehen.

Nach wie vor sind der Klimawandel, gewalttätige Konflikte und Armut die Hauptursachen für Hunger. Jedoch spielt die Corona-Situation in vielen Ländern eine große Rolle bei der Verschlechterung der Lebenssituation vieler Menschen, sind doch Gesundheitssysteme zusammengebrochen, Schulen seit langem geschlossen und wirtschaftliche Einnahmequellen im Zuge der Maßnahmen weggefallen. Der UN-Bericht warnt vor einer Zuspitzung der Ernährungslage speziell für Kinder und warnt vor einer Zunahme der Ungleichheit, die die

Schwachen empfindlich treffe.

Was macht indessen die Bundesregierung? Sie packt diese Ursachen nicht an. Im Gegenteil: Sie verabschiedet ein Klimapakete, das tatsächlich ein Klimawärmungspaket ist, sie exportiert weiter Waffen und Soldaten in alle Welt, anstatt konsequente Friedenspolitik zu betreiben, und sie baut ihr Entwicklungsministerium derzeit zu einer Außenhandelskammer um, anstatt die ärmsten Länder und bedürftigsten Bevölkerungsgruppen zu unterstützen.

Die Bundesregierung ist leider weit entfernt davon, das Ziel „Kein Hunger bis 2030“ durch ihre Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen. Zudem setzt sie mit der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“, in die jährlich 1,5 Milliarden Euro fließen, auf kurzfristige Produktionssteigerungen und Kooperationen mit großen Playern wie der Gates-Stiftung oder Bayer. Diese Hungerzahlen empören nicht zuletzt deshalb, weil weltweit mehr Nahrungsmittel produziert werden, als die Menschheit konsumieren kann. Besonders betroffen sind Bewohner der ländlichen Gebiete, in der Regel also Kleinbäuerinnen und Kleinbauern selbst. Ihre Existenz wird gleich von mehreren Seiten bedroht: durch Dumpingprodukte aus den Industrieländern, fehlende politische und praktische Unterstützung, aber auch durch eine Entwicklungspolitik, die das Modell der industriellen Landwirtschaft in die Entwicklungsländer exportiert – samt aller negativen Effekte für Mensch und Natur.

Und dennoch: Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bleiben das Rückgrat der Lebensmittelversorgung. Sie produzieren 70 Prozent der weltweit consu-

mierten Lebensmittel, verwenden dafür aber nur 30 Prozent der in der Landwirtschaft eingesetzten Energie. Ihre Rahmenbedingung zu verbessern ist deswegen eine zentrale Aufgabe linker Entwicklungszusammenarbeit: durch faire Handelsverträge, die Förderung agrarökologischer Methoden und eine Politik, deren wichtigsten Partner nicht Konzerne, sondern die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sind.

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die in globalen Lieferketten ausgebeutet werden, müssten in die Hungerbekämpfung aktiv einbezogen und die Macht von Agrarkonzernen begrenzt werden. Dies fordert auch ein Bündnis aus 46 Organisationen wie Misereor, FIAN, Oxfam und Brot für die Welt. DIE LINKE unterstützt die Forderungen nach dem raschen agrarökologischen Umbau der Ernährungssysteme und der Beendigung der Vereinnahmung der Politik durch Konzerne. Eine „radikale Veränderung der Produktions- und Konsummuster“, wie sie die Welthungerhilfe in ihrem jüngsten Welthunger-Index gefordert hat, schaut anders aus als die Politik der Bundesregierung im Bereich der Hungerbekämpfung. Sie stellt die Förderung von Kleinbauern, die auch im 21. Jahrhundert das Rückgrat unserer Ernährung darstellen, ins Zentrum ihres Denkens und Handelns.

Aber darüber hinaus ist ein grundlegender Richtungswechsel gefragt, um die Ernährungslage von Milliarden Menschen zu sichern. In seinem Frühjahrsbericht „Jedem eine faire Chance geben“ hat der Internationale Währungsfond (IWF) die Zeichen der Zeit erkannt, wenn er vor der Gefahr der steigenden Ungleichheit warnt. Nirgends wird diese Ungleichheit so

deutlich wie im Scheitern der Weltgemeinschaft, bei der Bekämpfung der Pandemie endlich internationale Solidarität, Gerechtigkeit und Pflicht zur Kooperation zu stärken und das Virus überall zu besiegen. Schon aus Eigeninteresse wäre dies auch für die reichen Länder ein Gebot der Stunde.

Ob sich dies auch in der Praxis niederschlagen wird, ist allerdings nicht sicher. Eine Studie der ‚Initiative for Policy Dialogue‘ der Columbia-Universität zeigt auf der Grundlage der IWF-Haushaltsprojektionen, dass unter dem Einfluss des IWF auch in extrem armen Ländern wie der Republik Kongo und Süd-Sudan für 2021 und 2022 Budgetkürzungen erwartet werden.

Die Kernforderungen des IWF sind eine „Solidaritätssteuer“ für die Pandemiegewinner und extrem Reiche sowie die Förderung der öffentlichen Gesundheitssysteme. Impfungen, sonst wirtschaftlich nicht sehr profitabel, bezeichnet der IWF als das größte Investitionsprojekt der kommenden Jahre. Damit meint der IWF auch einen gerechten Zugang zu Impfstoffen und Medikamenten zu Covid-19 für alle Menschen. Denn die Bewältigung der Pandemie ist ein Grundpfeiler für funktionierende Wirtschaften und die Existenzsicherung für Milliarden Menschen. Diese Forderungen decken sich mit den Vorschlägen, die DIE LINKE regelmäßig im Bundestag einbringt: Vermögensabgabe, Übergewinnsteuer und Stärkung öffentlicher Gesundheitssysteme sowie Zugang aller zu Impfstoffen.

Wenn die Weltgemeinschaft jetzt nicht handelt und eine radikale Kehrtwende zur Überwindung der bestehenden Ungleichheit und Armut

vollzieht, wird sie zusehen müssen, wie Hunger und Mangelernährung in den kommenden Jahren mit zunehmender Intensität zurückkehren, lange nachdem der Schock der Pandemie für überwunden geglaubt ist.

Eva-Maria Schreiber

Neuer Wind beim „Antilinksextremismus“?

Ob „Antitotalitarismus“ oder „Antiextremismus“ als Feindbestimmung: Die Geschichte der bundesdeutschen Sicherheitspolitik ist durch das Dispositiv geprägt, die Feinde der Demokratie stehen gleichermaßen rechts und links.¹ Über eine grundsätzliche Kritik am Konzept einer wehrhaften Demokratie und dem damit verbundenen, teils willkürlichen Präventivkampf gegen potentielle Bedrohungen hinaus muss auch die hinter dem „Antiextremismus“-Dispositiv stehende Erzählung einer Äquidistanz – gleichermaßen gegen alle „Extremismen“ – in Zweifel gezogen werden.

Auch wenn (inzwischen) zahlreiche Maßnahmen des Staats- und Demokratieschutzes – „Extremismus-Checks“, neue Regelanfragen und Fragebögen für den Zugang zum öffentlichen Dienst sind nur wenige Beispiele – oftmals damit gerechtfertigt werden, rechte Strukturen in den staatlichen Apparaten austrocknen zu

¹ Spätestens seit 9/11 sprechen Verfassungsschutzämter und „Extremismus“-Forschung auch von „Ausländerextremismus“, „islamistischem Extremismus“ und weiteren Gefährdungen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) und des demokratischen Verfassungsstaates.

wollen, muss herausgestellt werden, dass große Teile der Geschichte und Gegenwart bundesdeutscher Sicherheitspolitik nicht „antixtremistisch“, sondern v.a. antikommunistisch und bzw. oder „antilinksextremistisch“ geprägt waren: Renazifizierung bei gleichzeitiger Verfolgung von Kommunist:innen in der Frühzeit der Bundesrepublik, Berufsverbote in den siebziger und achtziger Jahren fast ausschließlich gegen Linke, Demokratieklärungen für Bildungsträger gegen rechts, Aberkennungen der Gemeinnützigkeit etc. Der bundesdeutsche Staatsschutz kämpft nicht nur gegen links. Aber er tut es in Konjunkturen immer wieder schwerpunktmäßig (vgl. auch Z 124 zu „Kritik der Extremismustheorie“).

Vieles deutet darauf hin, dass dieser „Antilinksextremismus“ in diesen Zeiten neuen Aufwind erlebt und dabei wiederum seine enorm demokratiegefährdende Seite offenbart. Dies lässt sich durch zwei jüngere Ereignisse exemplifizieren:

1. Im Juli 2021 ließ der Bundeswahlausschuss die DKP nicht zur Bundestagswahl zu. Begründet wurde dies damit, dass obligatorische Rechenschaftsberichte nicht fristgerecht eingereicht wurden. Die DKP habe damit ihren Parteienstatus verloren. Damit wurde die Partei zwar nicht verboten – dies obliegt nach Artikel 21 des Grundgesetzes ausschließlich dem Bundesverfassungsgericht. Allerdings wären finanzielle und andere Nachteile die Konsequenz für die Partei, das gesamte Parteienprivileg würde der DKP nicht mehr zuerkannt. Des Bundesverfassungsgerichts bedürfte es dann jedenfalls nicht mehr, um sie zu verbieten. Die Bewertung der Vor-

gänge durch den Parteivorsitzenden Köbele als „kaltes Parteiverbot“² trifft daher durchaus einen Punkt.

Bereits die Beratungen des Bundeswahlausschusses und jeweilige Nachfragen und Einwände, bspw. des Bundesverwaltungsgerichtsrichters Lange³, zeigten, dass die rechtliche Position, verspätet eingegangene Rechenschaftsberichte einer Partei müssten zum Ausschluss von einer Wahl führen, unverhältnismäßig sein könnte. Sie ist es auch, wie das Bundesverfassungsgericht feststellte.⁴ Die DKP darf damit nun doch zur Bundestagswahl antreten, der Parteienstatus wird ihr ebenfalls nicht aberkannt.

Die Mehrheit des Bundeswahlausschusses hätte aus rechtlicher Sicht also keineswegs zu dieser Entscheidung kommen müssen, ergriff jedoch die Möglichkeit, mittels bürokratischer Kniffe parteiorganisierte, kommunistische Bestrebungen in der Bundesrepublik nachhaltig zu schwächen. Dass dieser Versuch scheiterte, sollte die politische Linke jedoch nicht beruhigen.

2. Auch die linke Tageszeitung „junge Welt“ wird seit vielen Jahren durch die Exekutivbehörden u.a. dadurch bekämpft, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz sie als „linksext-

² <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/dkp-wird-nicht-zur-bundestagswahl-zugelassen-und-vermutet-politische-motive-a-db82679c-0a5e-4890-9d61-29870d6f1ee6> [letzter Zugriff: 14.07.21].

³ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw27-pa-bundeswahlausschuss-842552> [letzter Zugriff: 27.07.21].

⁴ <https://www.jungewelt.de/artikel/407548.dkp-gegen-bundeswahlausschuss-kommunisten-siegen-in-karlsruhe.html> [letzter Zugriff: 27.07.21].

remistische Gruppierung“ in seinen Berichten erwähnt. Damit sind zahlreiche Beeinträchtigungen verbunden, wie z.B. öffentliche Denunziation oder Hürden bei Werbung und Vertrieb. Bereits diese Vorgänge sind also ein massiver Eingriff in die Pressefreiheit. Bemerkenswert ist, dass der ehemalige Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen als Präsident des Bundesamtes nicht nur zwischen 2012 und 2018 dafür aktiv verantwortlich war, sondern als neuer Rechtsaußen-Politiker der CDU erklärt, „die Partei ‚Die Linke‘ ist Verfassungsfeind“, und zudem generelle Gesinnungsprüfungen für Journalist:innen fordert.⁵ Dies ist keine Zufälligkeit, sondern hier schließt sich ein Kreis.

Anfang Mai diesen Jahres stellte die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage bei der Bundesregierung, um diese „[p]resse- und wettbewerbsrechtliche[n] Behinderungen“⁶ zu problematisieren. Die Antwort der Bundesregierung, genauer des CDU-Staatssekretärs Günter Krings, hat es in sich. Der erzkonservative Jurist Krings, den die Union 2018 erfolglos als Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts installieren wollte,⁷ unterstreicht in seinen Ausführungen die Dringlich-

keit, die „junge Welt“ weiterhin als „linksextremistische“ Gruppierung zu klassifizieren und die damit verbundenen Folgen für deren Freiheit als Presseorgan explizit zu erwirken. Darüber hinaus unterstellt die Antwort der Bundesregierung marxistischen Grundüberzeugungen generell, dass diese die „freiheitliche Demokratie [...] ersetzen“ wollten. Ferner widerspreche „die Aufteilung einer Gesellschaft nach dem Merkmal der [...] Klassenzugehörigkeit der Garantie der Menschenwürde.“⁸ Staatssekretär Krings kommt dabei jedoch nicht in den Sinn, dass der Marxismus die dieser Gesellschaft zugrunde liegenden Klassenverhältnisse nicht schafft, sondern analysiert und politisch verändern möchte, um diese langfristig zu überwinden. Hier verwechselt der Jurist offenkundig Ursache und Wirkung.

Diese zweckdienliche Fehldeutung des Marxismus ist in der Rechtsgeschichte der Bundesrepublik übrigens nicht neu. Bereits 1956 argumentierte das Bundesverfassungsgericht beim KPD-Verbot, dass die Menschenwürde nach Artikel 1 Grundgesetz durch eine Sichtweise, welche die kapitalistische Gesellschaft als klassenstrukturiert bewertet, verletzt werde.⁹ Mit jenen Einschätzungen aus 1956 und 2021 diskreditieren die staatlichen Apparate nicht nur damals die KPD und heute die „junge Welt“, sondern den gesamten Marxismus und weitere Wissenschafts- und Denkströmungen. Es handelt sich hier also um nicht weniger als einen harten Angriff auf die

⁵ So in „Berliner Kreis aktuell“, Nr. 6/2021, S. 3-4; <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-07/hans-georg-maassen-journalisten-linksextrem-cdu-politische-rechte> [letzter Zugriff: 27.07.21].

⁶ <https://dserver.bundestag.de/btd/19/294/1929415.pdf> [letzter Zugriff: 27.07.21], S. 1.

⁷ <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.neuer-richter-am-bundesverfassungsgericht-auf-dem-weg-an-die-spitze.d1ff66c1-5f1a-4374-8454-33ec08950c7b.html> [letzter Zugriff: 27.07.21].

⁸ FN 6, S. 3 f.

⁹ Vgl. Abendroth, Wolfgang (2013): Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts, in: Gesammelte Schriften, Band 3, S. 116 f.

Freiheit von Meinung, Presse und Wissenschaft in Deutschland.

Bei diesen „antilinksextremistischen“ Vorstößen der staatlichen Apparate geht es also um mehr als (nur) um die DKP und die „junge Welt“. Sie sind Exempel einer neuen Konjunktur des „Antilinksextremismus“. Wie die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, richtet sich dieser Kampf gegen links jedoch nicht nur gegen den Marxismus. Er gefährdet das Operationsterrain der gesamten Linken und darüber hinaus. Einzelne Organisationen wie die „Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ)“ und der „Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)“ sowie Einzelpersonen haben sich zu den Vorgängen positioniert und deren demokratieschädliche Schlagseite betont. Es wäre ausgesprochen hilfreich, wenn sich dem Weitere anschließen würden, um Öffentlichkeit für diese unsäglichen Vorgänge herzustellen.

Dominik Feldmann

Kampf um die Geschichte

Er kann es nicht lassen. Russlands Präsident Wladimir Putin hat eine neue Runde im Ringen um die Deutung von Faschismus und Zweitem Weltkrieg eingeläutet. Am 1. Juli 2021 unterschrieb er eine wesentliche Ergänzung des Gesetzes „Über die Verewigung des Sieges des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg 1941-1945“¹. Dieses Ge-

setz, 1995 von Boris Jelzin erlassen,² dem sicher keine antiwestlichen Gefühle nachgesagt werden können, hatte die Grundsätze des Umgangs mit dem blutigsten und doch siegreichen Krieg fixiert, den die Völker der Sowjetunion erleiden und bestehen mussten. Der Tag des Sieges als Feiertag, die Siegesparade und die Ehrung der Kriegsveteranen waren wie in Sowjetzeiten Mittelpunkt dieser Geschichtspolitik. Unter Putin wurde dieses Gesetz mit antifaschistischer Stoßrichtung auch gegen innere profaschistische Tendenzen geschärft.

Antifaschismus per Gesetz? Nun verbietet ein neuer Artikel 6.1. die „öffentliche Identifizierung der Ziele, Entscheidungen und Handlungen der sowjetischen Führung, der Befehlshaber und des Militärs der UdSSR mit den Zielen, Entscheidungen und Handlungen der Führung Nazideutschlands, des Kommandos und der Soldaten Nazideutschlands und der Länder der europäischen Achsenmächte während des Zweiten Weltkriegs sowie die Leugnung der entscheidenden Rolle des sowjetischen Volkes bei der Niederlage Nazideutschlands und der humanitären Mission der UdSSR bei der Befreiung der Länder Europas.“³

Die Reaktion der wenigen deutschen Medien, die diesen staatlichen „Willkürakt“ zur Kenntnis nahmen, war

dov“ – [Stand: 10.07.2021 19:11] – Übersetzung St.B.

² Siehe Federal'nyj zakon ot 19.05.1995 g. Ob uvekovechenii Pobedy sovetskogo naroda v Velikoj Otechestvennoj vojne 1941-1945 gg – <http://www.kremlin.ru/acts/bank/7872> [Stand: 10.07.2021 19:15].

³ Fn. 1.

¹ Siehe Federal'nyj zakon ot 01.07.2021g. O vnesenii izmenenija v Federal'nyj zakon „Ob uvekovechenii Pobedy sovetskogo naroda v Velikoj Otechestvennoj vojne 1941-1945 go-

eindeutig. Das „Redaktionsnetzwerk Deutschland“, Dienstleister für viele ihrer Redaktionen entblößten Medien, gab den Ton vor, schrieb vom „umstrittenen Gesetz“, welches „unter anderem ein Gleichsetzen von Sowjet- und NS-Handlungen während des Zweiten Weltkriegs unter Strafe stellt“. Und gibt die Wertung vor: „Historiker hatten in der Vergangenheit bereits kritisiert, dass diese Regelung theoretisch weit ausdehnbar sein könnte. Ein Vorwurf lautete auch, dass der Kreml sich ein ‚Monopol auf die Wahrheit‘ sichern wolle und auf eine strikte Gesetzgebung setze, um historische Lesarten vorzugeben.“⁴ Es wird seit längerem bei jeder russischen geschichtspolitischen Entscheidung betreffs des Weltkriegs der russischen Seite Einseitigkeit und das Festschreiben der eigenen Interpretation der Geschichte attestiert. Wenn die Russen und ihr Präsident, wie schon 2020 und nun in diesem Jahr in einem Beitrag für die Hamburger „Zeit“ (26/2021), Offenheit für Diskussion und differenzierte Sichten anbieten, wird die Versöhnungshand ausgeschlagen und gegen Putin und seine willfährigen deutschen Publizisten geätzt.

In der Tat, auch russische Geschichtspolitik ist nicht frei von Einseitigkeiten und Überhöhungen. Der in Moskau am Deutschen Historischen Institut arbeitende Historiker Matthias Uhl hatte während der Diskussion über

dieses Gesetz gegenüber dpa zu bedenken gegeben: „Man sollte Argumentationen und Diskussionen viel mehr Raum geben“. Zu oft würden im Vornherein Themen als diskussionsunwürdig ausgeschlossen. Allerdings leisten er und das Institut konstruktive Geschichtsaufarbeitung gemeinsam mit russischen Kollegen und Archiven. Er warnt, dass Heldenverehrung ihre negativen Seiten habe. „Es gibt den Versuch, den Mythos am Leben zu halten – und ein unbeflecktes Bild der Roten Armee zu zeigen und alles auszublenden, von dem man glaubt, dass es das Bild des Sieges trüben könnte. Im Vordergrund steht: Wir sind die Befreier Europas.“⁵

Solche Sorgen prägen auch Diskussionen sich kritisch verstehender Historiker in Russland. Just zum Jahrestag des deutschen Angriffs kommt in der nonkonformistischen „Novaja gazeta“ der historisch arbeitende pensionierten Berufsoffizier Lev Lopuhovskij zu Wort. Er brandmarkt Stalins Verbrechen mit der Bemerkung, es seien „in den vier Jahren des brutalsten Krieges Generäle und ihresgleichen zweieinhalb Mal weniger getötet [worden] als in zwei Jahren zügelloser Unterdrückung“. Der heutigen Geschichtsschreibung wirft er vor, nicht eindringlich genug nach dem Preis des Sieges zu fragen. „Sie lügen über Verluste im Krieg, sie lügen ständig!“⁶

⁴ RND: Wladimir Putin unterzeichnet umstrittenes Gesetz gegen Geschichtsfälschung. 01.07.2021 - <https://www.rnd.de/politik/wladimir-putin-unterzeichnet-umstrittenes-gesetz-gegen-geschichtsfalschung-ZY7JCU4FZQSUIXDSMRORBY45QY.html> - [Stand: 10.07.2021 19:19].

⁵ dpa: 80 Jahre NS-Angriff auf Sowjetunion. 22. Juni 2021. In: Zeit online - <https://www.zeit.de/news/2021-06/22/ukrainegedenken-an-ueberfall-auf-die-sowjetunion> [Stand: 10.07.2021 19:25].

⁶ Malen'kie ljudi bol'shoj bedy. Pochemu pravda o Velikoj Otechestvennoj vojne do sih por ne zhelanna v Rossii. In: Novaja gazeta. 02.07.2021 - <https://novayagazeta.ru/articles>

Tücken verordneter Geschichtsinterpretation. Diese Einwürfe beschreiben Risiken staatlicher Geschichtspolitik. Es wird zu beobachten sein, ob sie sich bewahrheiten und wissenschaftliche Erkenntnis einschränken können. Angesichts des heutigen Forschungsstands – und bei aller Sorge um immer wieder begrenzten Archivzugang –, an den Grundwahrheiten von Vorgeschichte wie Geschichte von 1941 gibt es wenig zu rütteln.

Russland verteidigt nicht nur die eigene Geschichtsinterpretation, es antwortet auch auf die nicht erst mit der fatalen Europaparlamentsresolution von 2019 einsetzende Geschichtsklitterung, die die Diktaturen in Berlin und Moskau gleichsetzt, vor allem aber die Sowjetunion zum mitschuldigen Aggressor von 1939 macht⁷ – ein Jungbrunnen für die Totalitarismustheorie. In Hochzeiten des Kalten Krieges aus der Taufe gehoben, um den sozialistischen Versuch in der Sowjetunion und im Ostblock durch die Gleichsetzung mit dem deutschen Faschismus zu schädigen, hat diese Ideologie heute eine andere Stoßrichtung. Vor dem staatlichen Sozialismus des Ostblocks hat keiner mehr Angst, wohl aber vor dem Wiederstarken der russischen und ebenso der chinesischen Großmacht, die westlichen Schmeicheleien nach 1989 nicht erlagen, sich durch Sanktionen und massive Eingriffe in ihre innen- wie außenpolitischen Interessen nicht im westlichen Sinne disziplinieren lassen. Dass die in den Westen verliebten

einstigen osteuropäischen Verbündeten und aus dem sowjetischen Staatsverband ausgeschiedenen Teilrepubliken für ihre Machtbegründung alten Nationalismus und Russophobie mit massivem Antisowjetismus und Antisozialismus verbinden, sollte nicht wundern. Allen Beteiligten ist klar, es geht um zwei für sie inakzeptable historische Fakten: Die Entscheidung Stalins, 1939 nach dem Scheitern eines Anti-Hitler-Bündnisses mit London und Paris (was ohne Warschau unmöglich war), alles, also auch vertraglich und militärisch zu unternehmen, um den Krieg von den Sowjetgrenzen zumindest zeitweise fernzuhalten. Der Verrat des Westens an der ČSR, an Spanien und Polen ist tabu. Und weit schlimmer, dass die Sowjetunion nach Niederlagen und unersetzlichen Verlusten diesen Krieg gegen den deutschen Faschismus doch noch gewonnen und weite Teile Osteuropas befreite. Die neuen Machteliten in Osteuropa verfluchen, dass dieser bittere Sieg auch bei ihnen für Jahrzehnte eine sozialistische Entwicklung ermöglichte. Dass diese eine stalinistische Färbung hatte, ist nicht zu vergessen, aber es war ein auch in diesen Ländern von zeitweiligen Mehrheiten mitgetragener Versuch einer neuen Gesellschaft.

Das wollen Vilnius, Riga, Kiew und Warschau heute vergessen machen und die westlichen Demokratien, der reale Kapitalismus, mag mit solchen Verirrungen sowieso nichts zu tun haben. Zumal Moskau unter Putin sich weigert, den westlichen Werten und das heißt der Vorherrschaft Washingtons und seiner Verbündeten zu unterwerfen.

Gerade die Auseinandersetzungen um das Schicksal der Ukraine zeigen,

/2021/07/01/malenkie-liudi-bolshoi-bedy
[Stand: 10.07.2021 19:40] – Übers. St.B.

⁷ Siehe meinen Beitrag in Z 124.

dass es nicht nur – wie in Riga – um die wieder geliebten Veteranen heimischer SS-Verbände geht, sondern um handfeste – mal offen, mal verdeckt agierende – Kräfte, die den alten faschistischen Stereotypen nahekommen und sich der „ruhmreichen“ Vergangenheit des Kampfes gegen Kommunisten, Sowjetapparatschiks und Juden nicht ungerne erinnern und heute im Westen als patriotische Kräfte anerkannt sind oder doch toleriert werden, selbst wenn zu viel braune Soße hochkocht.

Keine russische Spezialität – Geschichtspolitik von oben. Geschichtsschreibung und Geschichtsinterpretation politisch zu regulieren ist nicht nur in der jüngsten Geschichte ein probates, nicht unbedingt erfolgreiches Mittel staatlicher Macht, wie sich realsozialistische Historiker erinnern. Sie ist ein gängiges Mittel. Das betrifft eben nicht nur die beiden Staaten, die in besonderer Weise die 1930/40er Jahre mit ihren Leiden, Kämpfen und Siegen als Grundlage ihres heutigen staatlichen Verständnisses betrachten – Russland und Israel. Das betrifft generell den zum Teil strafbewehrten Umgang mit dem Holocaust. Das betrifft auch die Auseinandersetzung mit dem Mord an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs im Osmanischen Reich. Oder auch die Bewertung der Mordtaten in den Kriegen auf dem Territorium der zerstörten jugoslawischen Föderation in den 1990er Jahren und den Umgang mit dem Massaker in Srebrenica. Und es betrifft die aktuellen Auseinandersetzungen um die Einordnung der Morde im Zuge der Kolonialpolitik der europäischen Mächte von Deutschland über Frankreich und

Belgien bis Großbritannien. Oder die gewaltsame Landnahme, das „Westwärts“ mit der Ausrottung der Eingeborenen in der heiligen US-amerikanischen Demokratie, und das gerade erst wiederentdeckte Schicksal der schwarzen Sklaven.

Es gibt keine Allheilmittel; die inflationäre Zuschreibung von Genoziden und die Androhung von Strafen helfen nur bedingt. Nur solide grenzüberschreitende Forschung, breite Aufklärung, geschichtliche Bildung, das Bewahren und Befragen von Quellen und Zeitzeugnissen können helfen. Klare Schlussfolgerungen und Positionen auch zu den problematischen Teilen der eigenen Geschichte – nicht zuletzt als Anspruch an eine Linke, die früher ihre Gewissheiten aus der Geschichte zog –, eine überzeugende und verbindliche Erinnerungspolitik, kompromissloses Vorgehen gegen Geschichtsfälscher und der Abschied vom Vergotteten eines Meinungspluralismus, in dem Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antikommunismus aggressiv gedeihen, auch die Bereitschaft, Polizei und Justiz rechtzeitig, vielleicht auch vorbeugend einzusetzen.

Stefan Bollinger